

Bürgerbrief für Frieden und Demokratie

Sachlich fundierte Informationen für den souveränen Bürger

www.bürgerbrief-für-frieden-und-demokratie.de

Ausgabe April 2022

Hinweis: Die einzelnen Texte stellen eine Kurzzusammenfassung bzw. einen Hinweis auf die Komplett-Artikel dar, die per Mausklick auf den jeweils blauen und unterstrichenen Text direkt aufrufbar sind. Kursiver Text gibt die Meinung der Redaktion (Red.) wieder.

Das politische und weltanschauliche [Selbstverständnis des Redaktionsteams](#) sowie das [Impressum](#) mit Haftungsausschluss und Angaben zum Datenschutz finden Sie auf unserer Homepage.

Einladung: Unsere Leser dürfen gerne mitmachen. Senden Sie hierzu bitte Verbesserungsvorschläge für diese Seite und/oder Artikel-Vorschläge (mit Link) an: info@bürgerbrief-für-frieden-und-demokratie.de (Betr.: "BB-Artikelvorschlag").

Darüber hinaus würden wir uns sehr freuen, wenn uns unsere Leser weiterempfehlen würden.

Die Redaktion

Inhalt dieser Ausgabe

- **Editorial**
- **Hans Köchler: *Blaupause für den Frieden in der Ukraine***
- **G. Mello: *Ein Lösungsvorschlag für den Ukraine-Krieg***
- **Alfred de Zayas: *Precedents of Permissibility***
- **Willy Wimmer: *Krieg in unserer Zeit***
- **Jacques Baud: *... verhindern, dass Deutschland und Russland enger zusammenarbeiten***
- **Chr. Müller: *Die Schweiz hat ihre Neutralität beerdigt.***
- **Thomas Röper: *CIA-Chef bestätigt, dass die USA die Ukraine mit Geheimdienstinformationen versorgen***
- **Reinhard Lauterbach: *Inbegriff der Nation***
- **Manlio Dinucci: *... Alles stand im Plan der RAND Corp.***
- **Michael Hudson: *Unbeabsichtigte Krise?***
- **G. E. Ungar: *Sanktionen – Wirkungen, Auswirkungen, Rückwirkungen***
- **GFP: *Das Kräfteressen des 21. Jahrhunderts***
- **Werner Rügemeier: *Aktienzukauf beim Rüstungskonzern Rheinmetall, und noch mehr Fracking-Gas***
- **CRI-Online: *Milliardenhohe Währungsreserven: Die USA unterschlagen afghanisches Geld***
- **Norman Paech: *Israel und die Apartheid-Debatte***
- **Frank Sieren: *Es platzt keine Blase, da geht nur ein Unternehmen pleite***

Zitat des Monats von [Immanuel Kant](#):

Habe Mut, dich deines eigenen Verstandes zu bedienen!

Editorial

Wie in der letzten Ausgabe bereits festgestellt, wendet sich die Redaktion des Bürgerbriefs **gegen jeden Krieg**. Wohlwissend, dass die Angaben der in diesen Krieg involvierten Parteien und Unterstützer mit Vorsicht zu betrachten sind, versuchen wir den Lesern, die sich bitte ein eigenes Bild machen mögen, möglichst fundierte Darstellungen und Einschätzungen zur Verfügung zu stellen.

Um dem Wunsch nach Waffenstillstand und Frieden bei dem **Krieg in der Ukraine** Ausdruck zu geben, stellen wir die Vorschläge zur Konfliktlösung von Hans Köchler und Greg Mello an den Anfang. Zur völkerrechtlichen Einordnung dieses Krieges äußern sich Alfred de Zayas und Willy Wimmer.

Jacques Baud legt seine Sicht zu den hinter dem Konflikt stehenden militärstrategischen **Interessen** Washingtons und Moskaus dar und betont die Bedeutung der **Vorgeschichte**. Christian Müller unterstützt die von Baud als beschämend bezeichnete Teilnahme der Schweiz an den Sanktionen gegen Russland.

Zur Verwicklung der USA in der Ukraine und zu den Angriffsplänen Kiews gegen den Donbass äußert sich Thomas Röper. Reinhard Lauterbach beleuchtet die Integration von Faschisten und deren Gedankengut in die ukrainische Gesellschaft. Manlio Dinucci weist auf die 2019 geäußerten Pläne der US-Denkfabrik 'RAND Corp.', wie Russland geschwächt werden soll, hin.

Der Artikel von Michael Hudson zeigt auf, dass sich der Krieg in der Ukraine gezielt **gegen Europa und Deutschland** richtet, aber dieser werde auch die transatlantische Idee einer vernetzten globalisierten Ordnung zerstören. Gert Ewen Ungar beschreibt die weltweiten Auswirkungen der gegen Russland verhängten Sanktionen zum **Nachteil aller Menschen**.

German-Foreign-Policy (GFP) stellt die im Kontext mit dem Krieg in der Ukraine formulierte neue **Nationale Sicherheitsstrategie** der deutschen Regierung vor, die sich an den als Gegner benannten Staaten Russland und China orientiert. Werner Rügemer geht der Frage nach den Auswirkungen der massiven **deutschen Aufrüstung** auf die Rüstungsindustrie und Finanzinvestoren nach.

Den Blick nach **Afghanistan** richtend kritisieren die Web-Seite CRI-Online und Jacob G. Hornberger die USA hinsichtlich deren Verfügen über die in den USA eingefrorenen afghanischen Währungsreserven und hinsichtlich der weiter gültigen US-Sanktionen gegen Afghanistan.

Norman Paech richtet seinen Blick nach **Palästina**, indem er auf die Menschenrechtsverstöße durch Israel eingeht.

Zum Schluss wendet Frank Sieren den Blick auf **Chinas wirtschaftliche Entwicklung** im Vergleich zu den USA. Werner Rügemer betrachtet dazu, wie China trotz aktiver ausländischer Firmen die einheimischen Unternehmen stärkt und schützt.

[Inhalt ↑](#)

● Hans Köchler: **Blaupause für den Frieden in der Ukraine**

Hans Köchler weist in seiner Erklärung vom 10.03.2022 darauf hin, dass die friedliche Koexistenz zwischen Russland und der Ukraine nur auf der Grundlage der Achtung des Völkerrechts und durch einen politischen Kompromiss zwischen beiden Parteien wiederhergestellt

und aufrechterhalten werden kann. Laut seiner Erklärung hält Köchler [folgende Maßnahmen für eine friedliche Lösung für förderlich](#):

- Vollständige Umsetzung des Minsker Maßnahmenpakets vom 12.02.2015,
- Volksreferendum unter UN-Aufsicht im Gebiet der Krim über deren endgültigen Status,
- Verankerung der ständigen Neutralität der Ukraine in deren Verfassung,
- erneute Verpflichtung der Ukraine zu einem atomwaffenfreien Status
- Abzug aller ausländischer Truppen aus dem ukrainischen Hoheitsgebiet verbunden mit der vollständigen Aufhebung aller Sanktionen gegen Russland. (Übersetzungshilfe [DeepL.com](#))

[Prof. Dr. Hans Köchler](#), Jg. 1948, ist langjähriger Vorstand des Institutes für Philosophie an der Universität Innsbruck, hat diverse Gastprofessuren, ist Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Wissenschaft und Politik und Präsident der 'International Progress Organization' (UN); er ist international bekannt u. a. durch die Ernennung zum UN-Beobachter des Prozesses im Rahmen des Lockerbie-Anschlages. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

• Greg Mello: **Ein Lösungsvorschlag für den Ukraine-Krieg**

Nach Greg Mello, dem leitenden Direktor der Anti-Atomkriegsgruppe 'Los Alamos Study Group' (LASG), wollen die USA "keinen Frieden, es sei denn, es handelt sich um den Frieden eines besiegten Russlands". Hinter der Ukraine-Krise stecke das Strategieziel, "die [US-]Vorherrschaft im Weltgeschehen nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion sicherzustellen". Die Strategie erfordere, "jede feindliche Macht daran zu hindern, eine Region zu beherrschen, deren Ressourcen unter konsolidierter Kontrolle ausreichen würden, um globale Macht zu erzeugen". Für diese Strategie werde die NATO "als Instrument der blutigen Aggression" genutzt. Auch der von Washington eingefädelt Staatsstreich in der Ukraine sei ein Produkt dieser Wolfowitz-Strategie, in der es, wie 1992 in einer berühmten RAND-Studie erläutert, darum geht, "Russland zu brechen". Für die LASG gehe es bei dem Konflikt [zu verstehen, dass sich Russland durch die Entwicklungen in der Ukraine in seiner Existenz bedroht sieht](#). Dann müssten sich die westlichen Staaten und die friedensorientierten Gruppen hauptsächlich auf das beschränken, was sie in ihren eigenen Ländern zur Erreichung des Friedens tun können. Ein Ende der Invasion sei nur erreichbar, wenn die Sicherheit Russlands gewährleistet wird. Dazu gehöre auch, dass die Ukraine nicht der NATO beitreten darf. Ein Ende der Eskalation und des Tötens sei nur durch Stopp der Waffenlieferungen an die Ukraine möglich. Die Wirtschaftssanktionen seien aufzuheben.

Die sehr differenzierte und noch weitergehende Formulierung der Forderungen bitte im Original einsehen. (Red.)

[Greg Mello](#), Mitbegründer und geschäftsführender Direktor der LASG (Los Alamos Study Group), deren vielfältige Aktivitäten seit 1992 leitet, einschließlich politischer Forschung, Umweltanalysen, Aufklärung des Kongresses und Lobbyarbeit, Organisation von Gemeinschaften, Rechtsstreitigkeiten und die Grundlagen der Finanzierung und Leitung einer kleinen gemeinnützigen Organisation. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

• Alfred de Zayas: **Precedents of Permissibility**

Für Alfred de Zayas stellt "Russlands Aggression gegen die Ukraine einen schweren Verstoß gegen das in Art. 2 Abs. 4 der UN-Charta verankerte [...] Verbot der Anwendung von Gewalt ohne Zustimmung des Sicherheitsrats dar". Ein Recht auf Selbstverteidigung sei nicht gegeben, eine präemptive Selbstverteidigung sehe das Völkerrecht nicht vor. "Unsere Priorität muss heute darin bestehen, uns für einen sofortigen Waffenstillstand einzusetzen, gefolgt von dringender

humanitärer Hilfe und einer internationalen Konferenz, auf der versucht wird, einen Kompromiss zu finden, der zu einem dauerhaften Frieden in der Region beiträgt.“ Eine realistische Auseinandersetzung mit den Problemen des Konflikts, der “das Ergebnis einer Anhäufung von Fehlern und Missständen sowie einer Atmosphäre der Täuschung, Feindseligkeit und ‘Hassrede’“ ist, müsse in einer “evidenzbasierten, rationalen Argumentation [...] eine umfassende Bewertung aller relevanten Faktoren“ vornehmen. Was dabei alles zu betrachten ist, zählt der Autor in Stichworten auf. Nach de Zayas haben die von Russland 2021 unterbreiteten, aber von den USA und der NATO arrogant beiseite geschobenen Vorschläge “und die Weigerung der Ukraine, die Minsker Vereinbarungen von 2014 und 2015 umzusetzen, [...] direkt zu der heutigen Tragödie geführt“. Es sei unzweifelhaft, “dass den sowjetischen Führern zugesichert wurde, dass die NATO nicht nach Osten expandieren würde. Tatsächlich gibt es nach der Auflösung des Warschauer Paktes keinen Grund mehr für die Existenz der NATO.“

De Zayas fragt, ob die NATO aufgrund ihrer von ihm aufgezählten Aggressionen und Kriegsverbrechen nicht “in den Geltungsbereich von Art. 9 des Nürnberger Statuts über ‘kriminelle Organisationen’“ falle. “Eines der Hauptprobleme des Völkerrechts ist, dass es keinen wirksamen Durchsetzungsmechanismus gibt.“ Verstöße gegen die UN-Charta, wie sie von de Zayas beispielhaft aufgezählt werden, “haben zu einem Verlust an Autorität und Glaubwürdigkeit geführt - und zur Entstehung von sogenannten ‘Präzedenzfällen der Zulässigkeit’“. [“Die Doppelmoral bei der Anwendung des Völkerrechts und des internationalen Strafrechts untergräbt das gesamte System.“](#) Aber es gelte immer noch der Rechtsgrundsatz, “aus einer Rechtsverletzung kann kein neues Recht erwachsen“. Wenn der Internationale Strafgerichtshof (IStGH) ernst genommen werden wolle, sollte er nicht nur die in der Ukraine begangenen Kriegsverbrechen, sondern auch “alle früheren Verbrechen untersuchen und verurteilen“. “Wenn internationales Recht etwas bedeuten soll, muss es einheitlich angewendet werden.“ - (Übersetzungshilfe [DeepL.com](#))

2019 äußerte sich Alfred de Zayas bei einer öffentlichen Anhörung auch vor dem Bundestagsausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe zur Durchsetzung der Menschenrechte. Er stellte fest: “Wenn es um Kriegsverbrechen geht, bestimmen die vier Genfer Rotkreuz Konventionen und ihre zwei Protokolle, [dass Verletzungen der Konventionen von jeder Vertragspartei untersucht und verfolgt werden müssen](#).“ Aufgrund der Erfahrung, dass “viele Staaten die Mitglieder der eigenen Streitkräfte oder die Mitarbeiter privater Militärfirmen nur sehr selten verfolgen“ und keine internationale Strafverfolgung mit Durchsetzungskraft existiere, stelle das Büro des UN-Hochkommissars für Menschenrechte seine Arbeit “auf Prävention ab, auf Transparenz, rechtstaatliche Rechenschaft, Information und vor allem Ausbildung in Demokratie und Menschenrechte“.

[Alfred-Maurice de Zayas](#), Jg. 1947, Völkerrechtler, Historiker, Sachbuchautor und ehemaliger UN-Beamter; war von 2012 bis 2018 Unabhängiger Experte des UN-Menschenrechtsrats für die Förderung einer demokratischen und gerechten internationalen Ordnung. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

● Willy Wimmer: **Krieg in unserer Zeit**

Margot und Willy Wahl, die Herausgeber des Blogs [seniora.org](#), stellen eingangs klar: “Krieg ist immer ein schmutziges Geschäft, egal von welcher Seite er begonnen wird“. Und sie betonen, dass sie Wimmers Einschätzungen und die von ihm dargelegten Hintergründe zu den völkerrechtswidrigen Kriegen in Europa nützlich finden, um zu einem “besseren ‘Verstehen’ (nicht entschuldigen!)“ zu kommen und darüber “in Zukunft Kriege verhindern zu können“.

Willy Wimmer erinnert an den am 24.03.1999 begonnenen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg der NATO gegen die im tiefen Frieden liegende Stadt Belgrad und die Bundesrepublik Jugoslawien. “Unter völliger Missachtung der UN-Charta und des dort festgelegten Gewalt- und Kriegsverbotes schlugen die USA mit ihren Verbündeten los. Das Zeitalter des amerikanischen Global-Faustrechtes wurde mit dem Einsatz auch deutscher Bomber gegen Jugoslawien

eingeläutet. [Der erste Schuss des völkerrechtswidrigen Krieges der Russischen Föderation gegen die Ukraine fiel gleichsam am 24. März 1999 im Krieg der NATO gegen Jugoslawien.](#)“ Angesichts der in Bratislava formulierten Zielsetzung nach dem Krieg gegen Jugoslawien, eine neue transkontinentale Mauer zwischen Russland und den westlich davon liegenden europäischen Staaten zu ziehen, ordnet Wimmer “das, was auf dem Gebiet der Ukraine und zum Schaden der Menschen in der Ukraine ausgetragen wird, stellvertretend für das Ringen der Russischen Föderation um ihre eigenständige Existenz und dem Willen der USA, Russland aus Europa heraus zu drängen zu. Es ist dabei die NATO, die mittels der Ukraine seit langem versucht, die Ukraine als Speerspitze gegen Russland zu nutzen.“ Und: “Die bislang ergriffenen Maßnahmen des Westens erwecken allesamt den Eindruck, dass es auch mittels der Dimension der Sanktionen darauf ankommt, Bratislava in Europa Realität werden zu lassen.“

[Von der 2001 veranstalteten Konferenz von Bratislava](#) hat Willy Wimmer in seinem Brief an den damaligen Bundeskanzler Gerhard Schröder folgende Punkte festgehalten: “1. Von Seiten der Veranstalter (US-Außenministerium und American Enterprise Institute) wurde verlangt, im Kreise der Alliierten eine möglichst baldige völkerrechtliche Anerkennung eines unabhängigen Staates Kosovo vorzunehmen. [...] 2. Von den Veranstaltern wurde erklärt, dass die Bundesrepublik Jugoslawien außerhalb jeder Rechtsordnung, vor allem der Schlussakte von Helsinki, stehe. [...] 3. Die europäische Rechtsordnung sei für die Umsetzung von NATO-Überlegungen hinderlich. Dafür sei die amerikanische Rechtsordnung auch bei der Anwendung in Europa geeigneter. [...] 4. Der Krieg gegen die Bundesrepublik Jugoslawien sei geführt worden, um eine Fehlentscheidung von General Eisenhower aus dem Zweiten Weltkrieg zu revidieren. Eine Stationierung von US-Soldaten habe aus strategischen Gründen dort nachgeholt werden müssen. [...] 5. Die europäischen Verbündeten hätten beim Krieg gegen Jugoslawien deshalb mitgemacht, um de facto das Dilemma überwinden zu können, das sich aus dem im April 1999 verabschiedeten 'Neuen Strategischen Konzept' der Allianz und der Neigung der Europäer zu einem vorherigen Mandat der UN oder OSZE ergeben habe. [...] 6. Unbeschadet der anschließenden legalistischen Interpretation der Europäer, nach der es sich bei dem erweiterten Aufgabenfeld der NATO über das Vertragsgebiet hinaus bei dem Krieg gegen Jugoslawien um einen Ausnahmefall gehandelt habe, sei es selbstverständlich ein Präzedenzfall, auf den sich jeder jederzeit berufen könne und auch werde. [...] 7. Es gelte, bei der jetzt anstehenden NATO-Erweiterung die räumliche Situation zwischen der Ostsee und Anatolien so wiederherzustellen, wie es in der Hochzeit der römischen Ausdehnung gewesen sei. [...] 8. Dazu müsse Polen nach Norden und Süden mit demokratischen Staaten als Nachbarn umgeben werden, Rumänien und Bulgarien die Landesverbindung zur Türkei sicherstellen, Serbien (wohl zwecks Sicherstellung einer US- Militärpräsenz) auf Dauer aus der europäischen Entwicklung ausgeklammert werden. [...] 9. Nördlich von Polen gelte es, die vollständige Kontrolle über den Zugang aus St. Petersburg zur Ostsee zu erhalten. [...] 10. In jedem Prozess sei dem Selbstbestimmungsrecht der Vorrang vor allen anderen Bestimmungen oder Regeln des Völkerrechts zu geben. [...] 11. Die Feststellung stieß nicht auf Widerspruch, nach der die NATO bei dem Angriff gegen die Bundesrepublik Jugoslawien gegen jede internationale Regel und vor allem einschlägige Bestimmungen des Völkerrechts verstoßen habe.

[Willy Wimmer, Jg. 1943](#), ehemaliger Staatssekretär im Bundesverteidigungsministerium und Vizepräsident der Parlamentarischen Versammlung der OSZE, ist unter Einschluss von Finanz- und Wirtschaftsfragen Experte für globale Sicherheitspolitik und führte über Jahrzehnte auf höchster staatlicher Ebene Gespräche. Seit seinem Rückzug aus dem Bundestag 2009 [publizierte er die Bücher](#) “Wiederkehr der Hasardeure” (2014, Koautor Wolfgang Effenberger), “Die Akte Moskau” (2016), “Deutschland im Umbruch” (2018) und (als Koautor von Halford Mackinder) “[Der Schlüssel zur Weltherrschaft](#)“ (2019). (Red.)

[Inhalt](#) 

- Jacques Baud: **Die Politik der USA war es immer, zu verhindern, dass Deutschland und Russland enger zusammenarbeiten**

Jacques Baud, Kenner der Situation in und um die Ukraine sowie u.a. ehemaliger Chef der "Friedenspolitik und Doktrin" des UN-Departements für friedenserhaltende Operationen, stört sich daran, dass niemand fragt, warum die Russen in der Ukraine einmarschiert sind, warum man zu dem Punkt gekommen ist, Krieg zu führen. Ohne diese Fragen beantworten zu können, könne man keine Lösung finden.

Putin handle sehr systematisch und sei sich der Konsequenzen seines Handelns bewusst. Im Unterschied zu US-Kriegen richteten sich die militärischen Handlungen nicht gegen zivile Infrastruktur, auch das Gas fließt weiter in die Ukraine. Und am Ablauf der Handlungen erkenne man, dass die Russen ihre öffentlich bekannt gegebenen Ziele, Entmilitarisierung und Entnazifizierung, sehr genau verfolgen. Es werde nicht alles zerstört, wie westliche Medien behaupten. Baud ist sich sicher, dass Putin bis Mitte Februar keinen Angriff beabsichtigte, obwohl Selenskij vor einem Jahr per Dekret verkündete, er wolle die Krim zurückerobern und Truppen im Süden und Südosten der Ukraine zu konzentrieren begann.

Das Ganze sei von Washington nur inszeniert worden, um das Projekt 'Nord Stream 2' endgültig zu Fall zu bringen und damit das langfristige Ziel zu verfolgen, eine Kooperation zwischen Deutschland und Russland zu verhindern. Die USA kritisieren die Energiekooperation von Deutschland und Russland, nutzen aber Russland als zweitgrößten Öllieferanten – eines sehr zuverlässigen Energielieferanten. "Die Auseinandersetzung in der Ukraine ist eine rein politische Auseinandersetzung." Dabei gehe es eher um militärstrategische Interessen als um die Frage, wer die Ukraine beherrsche. Russland will die Nuklearmacht NATO nicht in unmittelbarer Nähe zu seiner Grenze haben. Die von der NATO in Osteuropa installierten Raketensysteme lassen sowohl das Abfeuern von Defensivraketen, aber auch von Nuklearraketen zu. Bei dieser Bedrohung könne Moskau nicht einfach zusehen, genauso wenig wie die Sowjetunion zugesehen habe, als die NATO gegründet und dann die BRD in diese aufgenommen wurde, womit sich die Reaktionszeit reduziert habe; daher habe die Sowjetunion den Warschauer Pakt als Sicherheitsgürtel gegründet.

Nach Baud denken die Russen sehr strategisch und auf ein Ziel ausgerichtet. Und der Kreml reagiert auf gefährliche Drohungen, wie die von Selenskij auf der Sicherheitskonferenz in München verkündete Androhung, sich Nuklearwaffen zu besorgen, was gegen die 1994 mit Russland abgeschlossenen Vereinbarung verstößt, dass von den ehemaligen Sowjetrepubliken nur Russland Atomwaffen besitzen darf. Für Putin ist das nicht akzeptabel, weil es durch den dann zu geringen Abstand von NATO und Russland ungewollt zu Komplikationen kommen kann. Als dann Frankreichs Außenminister noch hervorhob, die NATO sei eine Nuklearmacht, versetzte Putin seine Atomstreitkräfte in eine erste Alarmbereitschaft.

Das militärische Vorgehen Russlands gegen die Ukraine wurde durch die seit dem 12.02.2022 massiv zugenommenen Angriffe ukrainischer Kräfte auf den Donbass ausgelöst. Aufgrund des starken Artilleriebeschusses begannen die Republiken Donezk und Lugansk die Zivilbevölkerung zu evakuieren und nach Russland zu bringen. Aber erst am 21.02. setzte Putin die am 15.02. von der Duma beschlossene Resolution zur Anerkennung der beiden selbsternannten Republiken im Donbass um. Durch ein zusätzliches Abkommen über Freundschaft und Zusammenarbeit habe Putin die Grundlage für eine kollektive Verteidigung der Republiken geschaffen.

Da Putin gewusst habe, dass es schon deshalb Sanktionen hageln werde, sei er weiter gegangen, um die ganze im Süden zusammengezogene ukrainische Armee und die mit ihr kooperierenden Kräfte (die Baud auch historisch näher einordnet, ebenso wie Entstehung der beiden Republiken und den Sonderstatus der Krim) einzukesseln und zu neutralisieren. Baud weist auch auf die Nichteinhaltung des Minsk-II-Abkommens hin, was den Westen und die UNO nicht kümmerte. Es sei eine Provokation nach der andern gekommen. Zu diesen Provokationen zähle auch das ukrainische Gesetz, das den Menschen je nach Abstammung unterschiedliche Rechte zugesteht. Um Putins Verhalten zu beurteilen, müssten alle diese Details, all diese Provokationen berücksichtigt werden.

Am Ende des Interviews geht Baud noch auf die Situation der Schweiz ein, die sich auf der russischen Liste der 48 "unfreundlichen Staaten" findet, nachdem sie sich den EU-Sanktionen gegen Russland angeschlossen und damit ihre Position als neutrales Land in beschämender Weise aufgeben habe.

Jacques Baud, Jg. 1955, hat den Master in Ökonometrie und Nachdiplomstudium in internationaler Sicherheit am Hochschulinstitut für internationale Beziehungen in Genf absolviert und war Oberst der Schweizer Armee. Er arbeitete für das DPKO (Departement of Peacekeeping Operations) der Vereinten Nationen in New York (1997–99), gründete das Internationale Zentrum für Humanitäre Minenräumung in Genf. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Christian Müller: **Die Schweiz hat ihre Neutralität beerdigt. Ich schäme mich.**

Die sieben Mitglieder der Schweizer Regierung ("Bundesrat") haben es nach Christian Müller am 28.02.2022 "geschafft, in den Schweizer Geschichtsbüchern der Zukunft namentlich aufgeführt zu werden: Sie haben [die 173 Jahre alte verfassungsmäßige Neutralität der Schweiz beerdigt](#) und Genf als international hochgeschätzten politischen Konferenzort liquidiert. Der EU wollte die Schweiz noch nie beitreten, sie bevorzugte immer bilaterale Abkommen oder, wie gerade jetzt wieder, Probleme auszusitzen und Distanz zu halten. Ihr Interesse galt immer nur dem Marktzugang zur EU. Und sogar die neuen Kampffjets für die Armee sollen nicht von einem Unternehmen in der EU, sondern von den USA gekauft werden. Jetzt aber [...] hat der Schweizer Bundesrat beschlossen, die EU-Sanktionen gegen Russland vollständig zu übernehmen. Ausgerechnet die Sanktionen der EU, um der einen Seite des Konflikts massiv zu schaden."

Für den SVP-Politiker Christoph Blocher ist dies eindeutig ein Fehler. Auch wenn er das militärische Vorgehen Russlands gegen die Ukraine scharf verurteilt. Mit der Zustimmung zu den Sanktionen sei "eine Kriegsbeteiligung beschlossen" worden. Für Blocher gilt: "Je schlimmer es in der Welt zugeht, desto wichtiger ist die Neutralität. [Die Nichteinmischung ist nicht nur Selbstschutz, sie ermöglicht erst die Guten Dienste.](#)"

[Christian Müller](#), Jg. 1944, studierte Geschichte, Staatsrecht und Betriebswirtschaft; seit 2010 unabhängiger Journalist und Redakteur bei infosperber.ch bis 5.03.2022, danach initiiert er die Website [globalbridge.ch](#). Müller setzt sich dafür ein, dass Demokratie auch in internationalen Gremien Standard wird. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Thomas Röper: **CIA-Chef bestätigt, dass die USA die Ukraine mit Geheimdienstinformationen versorgen**

Am 08.03.22 wurde im US-Geheimdienst-Ausschuss in einer Anhörung vom CIA-Chef William Burns gesagt: "[Wir haben mit den Ukrainern aktiv Geheimdienstinformationen ausgetauscht und tun das auch weiterhin.](#) Als ich im Januar in Kiew war, habe ich Präsident Selensky einige Details zu den russischen Plänen betreffend Kiew vorgelegt, die wir damals hatten. Wir haben das seitdem täglich getan." Damit hat Burns die Aussage von Denis Puschilin, dem Chef der Donezker Volksrepublik, bestätigt, dass die NATO die Ukraine mit geheimen Informationen über Russland und den Donbass versorgt hat, die Kiew dann militärisch nutzte. NATO-Generalsekretär Stoltenberg hatte dies immer bestritten.

Für Thomas Röper wird hiermit wieder deutlich, dass es Washington darauf anlegt, "die Kämpfe in der Ukraine zu verlängern. Ihnen geht es nicht um Frieden in der Ukraine, ihnen geht es darum, einen für Russland teuren und verlustreichen Stellvertreterkrieg anzufachen. Das entspricht exakt den geopolitischen Zielen der USA, und es wurde in Washington seit Jahren offen gesagt."

Das russische Verteidigungsministerium hat auf einer Pressekonferenz [erbeutete Befehle der ukrainischen Nationalgarde veröffentlicht](#), die einen geplanten ukrainischen Angriff auf den Donbass am 08.03.2022 und dessen Vorbereitung bis zum 28.02.2022 belegen.

[Thomas Röper](#), Jg. 1971, lebt seit 15 Jahren in Russland und betreibt die Seite www.anti-spiegel.ru, wo er sich kritisch mit der Berichterstattung westlicher Medien im Allgemeinen, zu Russland, zu (Geo-)Politik und Wirtschaft auseinandersetzt. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Reinhard Lauterbach: **Inbegriff der Nation**

Nach 2015 wurden nach Reinhard Lauterbach die Faschistenbataillone in die regulären militärischen Strukturen eingegliedert und legalisiert, indem das von ukrainischen Oligarchen finanzierte Bataillon "Asow" auf Regimentsstärke aufgestockt und in die dem Innenministerium unterstellte Nationalgarde angeschlossen wurde. Ähnlich wurde mit "dem aus entlassenen Kriminellen rekrutierten Bataillon 'Aidar' " verfahren, dessen ehemaliger Kommandeur, Maxim Martschenko, von Präsident Wolodimir Selenskij zum neuen Gouverneur der Region Odessa ernannt wurde, um dort die prorussischen Neigungen im Griff zu halten. Für Lauterbach ergibt sich die heutige Mobilisierungsfähigkeit der Radikalen aus der "[Normalisierung faschistischen Gedankenguts in der ukrainischen Gesellschaft](#)", indem die Leute Banderas als ukrainische Patrioten dargestellt werden. Vor diesem Hintergrund ist es für Lauterbach fatal, dass Selenskij äußere, die "Forderung nach einer 'Entnazifizierung der Ukraine' bedeute 'die Zerstörung der Ukraine als Nation', sie sei 'ein Völkermord wie in den vierziger Jahren' ".

[Reinhard Lauterbach](#), Jg. 1955, studierte Geschichte und Slawistik, war viele Jahre als Redakteur bei verschiedenen öffentlich-rechtlichen Sendeanstalten tätig, davon drei als Auslandskorrespondent für die Ukraine und Weißrussland. Seit 2013 ist er freier Osteuropakorrespondent für verschiedene Print- und Onlinezeitungen und lebt in Polen. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Manlio Dinucci: **Ukraine: Alles stand im Plan der RAND Corp. geschrieben**

Die 'RAND Corporation', die die Strategien der US-Regierungen mitgestaltet, hat [2019 den Plan entwickelt, den Gegner Russland zu zwingen, übermäßig zu expandieren](#), um ihn zu destabilisieren und zu Fall zu bringen (Overextending and Unbalancing Russia). Dazu seien seine verwundbarste Flanke anzugreifen, seine Wirtschaft, die stark vom Export von Gas und Öl abhängig sei. Zu diesem Zweck werde man Handels- und Finanzsanktionen einsetzen und gleichzeitig sicherstellen, dass Europa den Import von russischem Gas reduziert und durch US-Flüssigerdgas ersetzt. Zudem sei eine interne Schwächung durch Proteste vorzunehmen.

Alle Optionen der Strategie seien so zu kalibrieren, dass zwar die USA und ihre Verbündeten große Ressourcen investieren müssen, aber Russland am Ende den höchsten Preis zu zahlen habe. Als Teil der Strategie "würde die Bereitstellung tödlicher Hilfe für die Ukraine die größte externe Verwundbarkeit Russlands ausnutzen, aber jede Zunahme der von den USA gelieferten Waffen und militärischen Ratschläge für die Ukraine sollte sorgfältig kalibriert werden, um Russland Kosten zu verursachen, ohne einen viel größeren Konflikt zu provozieren, in dem Russland, wegen der Nähe, erhebliche Vorteile hätte."

Für Manlio Dinucci hat Russland nun den Würgegriff durch eine Militäroperation in der Ukraine aufgebrochen.

[Manlio Dinucci](#), Journalist und Autor, lebte und arbeitete in den sechziger Jahren in Peking, gab in den achtziger Jahren die Zeitschrift 'Kampf für den Frieden' heraus. Die von ihm geleitete Vereinigung "International Physicians for the Prävention of Nuclear War" bekam 1985 den

- Michael Hudson: **Unbeabsichtigte Krise?**

Für den US-Ökonomen Michael Hudson [richtet sich der Krieg in der Ukraine gegen Europa und Deutschland](#), indem ihnen klar gemacht wird, dass man sich nicht gegen die USA stellen darf. Hudson legt dar, dass das, was gerade passiert, in der Absicht der USA liegt, da sie erkannt haben, "dass in der weltweiten Krise die Energiepreise in die Höhe schnellen werden, was der US-Zahlungsbilanz zugutekommt. Die Ölkonzerne, die den weltweiten Ölhandel kontrollieren, werden, sobald sie Russland davon ausschließen, die Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse in die Höhe treiben, was den Vereinigten Staaten als Agrarexporteur zugutekommen wird, insbesondere wenn sie die ukrainischen und russischen Weizenexporte verhindern. Dies wird eine Schuldenkrise für Länder der Dritten Welt auslösen, deren Schulden fällig werden. Und die Vereinigten Staaten können diese Schuldenkrise nutzen, um sie zu zwingen oder zu versuchen, sie zu zwingen, wenn sie sich darauf einlassen, mit der Privatisierung und dem Ausverkauf ihres öffentlichen Eigentums an US-Käufer fortzufahren, damit sie ihr Erbe verkaufen können, um das Geld für die Schulden zu bekommen, mit dem sie die höheren Öl- und Lebensmittelimporte bezahlen können."

Hudson ist sich sicher, dass wir schon bald eine Lebensmittelknappheit erleben. Denn "ohne Gas sind deutsche Düngemittelfirmen bereits aus dem Geschäft, weil Dünger aus Gas hergestellt wird und wenn sie ihr russisches Gas nicht bekommen, können sie keinen Dünger herstellen, und wenn man keinen Dünger hat, werden die Ernten nicht mehr so üppig ausfallen wie zuvor. Es ist also offensichtlich, dass sie wussten, dass dies passieren würde, und sie erwarten, dass die Vereinigten Staaten von dem Kostendruck profitieren, den sie den Lebensmittelimporteuren zum Vorteil der USA auferlegen."

Um ihr Ziel zu erreichen, werden die USA nach Hudson alle Mittel einsetzen, von politischen Kampagnen über Sanktion bis hin zu Sabotage, Mord und Militär. Aber langfristig werden die USA die Idee einer einheitlichen, vernetzten, globalisierten Ordnung zerstören, weil sie Europa und Nordamerika vom Rest der Welt trennen. Daher werde dies längerfristig dazu führen, dass andere Länder sich selbst versorgen und unabhängig werden. Der Neoliberalismus ist für Hudson ein Klassenkrieg der Finanzklasse gegen die Arbeit, gegen die Industrie gegen die Regierungen und gegen den gesamten Rest der Gesellschaft.

[Michael Hudson](#), Jg. 1939, lehrt Wirtschaftswissenschaften an der University of Missouri in Kansas City; daneben ist er Finanzanalyst und Berater an der Wall Street. Er gehört zu den Finanz- und Ökonomieexperten der Occupy-Bewegung und arbeitet eng mit David Graeber zusammen. (Red.)

- Gert Ewen Ungar: **Sanktionen – Wirkungen, Auswirkungen, Rückwirkungen**

Die als Antwort auf den russischen Einmarsch in die Ukraine verhängten beispiellosen Sanktionen gegen Russland dienen laut Außenministerin Annalena Baerbock dazu, Russland zu ruinieren. Gert Ewen Ungar fragt, ob dieses Ziel, das ethisch äußerst fragwürdig sei und in Russland große Sorgen bzgl. des dahinterstehenden Gedankenguts aufkommen lasse, überhaupt realistisch ist. "Russland ist rohstoffreich, die EU ist das nicht, Deutschland noch viel weniger. Russland ist wichtiger Rohstofflieferant nicht nur im Hinblick auf Öl und Gas. Russland ist obendrein wichtiger Produzent von industriellen Vorprodukten wie beispielsweise Stahl und Aluminium. [...] Dass Russland der größte Weizenexporteur der Welt ist, hat sich inzwischen herumgesprochen. Russland ist neben Weißrussland wichtiger Produzent von Düngemitteln. Sowohl das eine wie auch das andere Land unterliegen westlichen Exportrestriktionen."

Das bedeutet ganz konkret, [der Westen löst mit seinem Sanktionsregime absehbar eine weltweite Nahrungsmittelknappheit aus](#), glaubt aber gleichzeitig, dass sich die Welt solidarisch hinter ihn stellen und die Sanktionen mittragen wird. Wie das zusammen gehen soll, bleibt unklar. Es ist illusorisch.“ So sei klar zu sehen: “Weder Lateinamerika noch Asien oder Afrika stehen hinter den Sanktionen. Indien und Russland suchen nach Möglichkeiten, ihre Transaktionen künftig in lokaler Währung unter Umgehung des Dollar abwickeln zu können. Saudi-Arabien akzeptiert ab jetzt auch den chinesischen Yuan zur Bezahlung. Die Entdollarisierung schreitet voran.“

[Gert-Ewen Ungar](#), Jg. 1969, studierte in Frankfurt am Main Philosophie und Germanistik, lebt jetzt in Berlin und arbeitet als Pädagoge in der Sozialpsychiatrie. Seit 2014 absolviert er regelmäßig Reisen nach Russland und berichtet über seine dortigen Erfahrungen. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

• GFP: Das Kräfteressen des 21. Jahrhunderts

Mit einer neuen “Nationalen Sicherheitsstrategie“ sucht die Bundesregierung die deutsche Außen- und Militärpolitik noch stärker als bisher zu formieren. Die Strategie wird, wie Außenministerin Annalena Baerbock am 18.03.2022 bei der Auftaktveranstaltung für die Erstellung des Papiers erklärte, sowohl die Landesverteidigung wie auch den Einsatz für deutsche Interessen “weltweit“ umfassen und sich dabei vor allem auf zwei Gegner orientieren – Russland und China. Wie Baerbock behauptete, “verlangen“ die verbündeten Staaten dabei von Deutschland “als größter europäischer Volkswirtschaft Führung“. Die [Strategie soll einem “umfassenden Verständnis von Sicherheit“ folgen, dass nicht nur das Militär, sondern weite Teile des zivilen Lebens für das “Kräfteressen des 21. Jahrhunderts“ verfügbar macht](#). Die Bandbreite reicht der Außenministerin zufolge von der Wirtschaft über die Kultur bis hin zum Sport. Den Rahmen für die deutsche Sicherheitsstrategie bilden der “Strategische Kompass“, den die EU am 21.03.2022 verabschiedet hat, und das neue “Strategische Konzept“ der NATO, das Ende Juni abgesegnet werden soll.

[German-Foreign-Policy](#) (GFP), eine Gruppe unabhängiger Publizisten und Wissenschaftler, beobachten kontinuierlich das Wiedererstarken deutscher Großmachtbestrebungen auf wirtschaftlichem, politischem und militärischem Gebiet. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

• Werner Rügemer: Aktienzukauf beim Rüstungskonzern Rheinmetall, und noch mehr Fracking-Gas

Kaum hatte der Bundeskanzler Olaf Scholz Ende Februar 2022 das zusätzliche 100-Mrd.-Euro-Aufrüstungsprogramm bekannt gegeben, begann BlackRock mit dem Zukauf von Aktien beim größten deutschen Rüstungskonzern Rheinmetall AG (gepanzerter Fahrzeuge, Raketen, Munition) in Höhe von 60 Mio. Euro. Der fünftgrößte US-Investor, Fidelity, kaufte ebenfalls Rheinmetall-Aktien für etwa 30 Mio. Euro. Für Werner Rügemer hat der Kauf dieser Aktien nichts mit “Nachhaltigkeit“ zu tun, für die BlackRocks Führung wirbt. [BlackRock gehört nicht nur in der Rüstungsindustrie, sondern auch in der Fracking-Industrie zu den führenden Aktionären](#). Rügemer wirft insbesondere den in Deutschland in der Regierung sitzenden Politikern und den Leitmedien vor, sich um die wahre Wirkung solcher Industrien nicht zu scheren und über wissenschaftliche Erkenntnisse zu gesundheitlichen Auswirkungen hinwegzugehen.

[Werner Rügemer](#), Jg. 1941, Publizist, Buchautor, Referent, Berater und Stadtführer; thematische Schwerpunkte: Internationale Kapital- und Arbeitsverhältnisse, Privatisierung und Unternehmenskriminalität sowie die Entwicklung des Weltsystems nach Prinzipien des Völkerrechts und der Menschenrechte; Vorstandsvorsitzender der ‘aktion gegen arbeitsunrecht‘,

- CRI-Online: **Milliardenhohe Währungsreserven: Die USA unterschlagen afghanisches Vermögen**

Nach Angaben des Weißen Hauses hat US-Präsident Joe Biden [einen Erlass unterzeichnet, der vorsieht, die in den USA eingefrorenen Währungsreserven Afghanistans freizugeben](#). Die 7 Mrd. US-Dollar (rund 6,1 Mrd. Euro) der afghanischen Zentralbank sollen in zwei Hälften aufgeteilt werden. Während die eine Hälfte der Gelder direkt der humanitären Hilfe für die afghanische Bevölkerung zur Verfügung gestellt werden soll, wird die andere Hälfte für Angehörige von Opfern der Terroranschläge vom 11. September 2001 zurückgehalten. Für CRI-Online wird damit Afghanistan beraubt und das wahre Gesicht der USA enthüllt. Auch wenn das Geld, wie die US-Regierung behauptet, ein Teil der internationalen Nothilfe sei, die aus dem Internationalen Währungsfonds und der Weltbank stammt, dürfe das Weiße Haus seine Kompetenzen nicht überschreiten und das Geld nicht in die eigene Tasche stecken.

Für Jacob G. Hornberger müssten Biden und das Pentagon, nachdem sie den Afghanen so viel Tod, Leid und Zerstörung gebracht haben, endlich das Richtige tun: ["Sie müssen diese tödlichen und zerstörerischen Sanktionen aufheben und das afghanische Volk endlich in Ruhe lassen](#). Außerdem müssen sie das Geld der afghanischen Regierung an die afghanische Regierung zurückgeben. Sich wie bössartige gemeine Diebe zu verhalten, die Rache und Vergeltung für ihre Niederlage suchen, wirft kein gutes Licht auf die Vereinigten Staaten von Amerika."

[CRI-Online](#), 'Radio China International', wurde 1941 von der Volksrepublik China mit dem Anspruch gegründet, "die Welt über China, China über die Welt und die Welt über die Welt zu informieren und dabei gleichzeitig das Verständnis und die Freundschaft zwischen der chinesischen Bevölkerung und den Menschen weltweit zu vertiefen". (Red.)

- Norman Paech: **Israel und die Apartheid-Debatte**

Für Norman Paech ist die empörte Reaktion Israels auf den Amnesty-International-Bericht zu Israels Apartheid gegen die Palästinenser nicht überraschend, da stereotyp: Es werde Israel seit der Staatsgründung "effektiv das Existenzrecht abgesprochen". Der Zentralrat der Juden fordert dazu auf, "sich von dem antisemitischen Bericht zu distanzieren". Doch nach Paech werde bei dieser Kritik Ursache und Wirkung verwechselt: ["Nicht der Bericht über die Menschenrechtsverstöße schüren den Antisemitismus, sondern die Menschenrechtsverstöße selbst."](#)

Und diese Vorwürfe werden seit Jahren gegen Israel erhoben, auch durch UN-Sonderberichterstatter: Als 2007 John Dugard einen ersten Bericht über die desaströse Lage der Menschenrechte in den besetzten Gebieten vorlegte, wurde er wegen angeblicher Einseitigkeit von Israel und den USA scharf kritisiert und auf Druck Israels durch den US-amerikanischen Kollegen Richard A. Falk abgelöst. Nachdem auch Falk 2010 die Vorwürfe erneuerte, wurde er 2014 nicht wieder in das Mandat gewählt. Als Falk seine Vorwürfe 2017 in anderer UN-Funktion wiederholte, ließ der UN-Generalsekretär den Bericht von allen UN-Webseiten entfernen.

Paech weist darauf hin, dass die israelische Gesetzgebung und der Aufbau der israelischen Staats- und Verwaltungsinstitutionen eindeutig auf die "systematische Unterdrückung und Beherrschung" der Palästinenser gerichtet sind. Für Paech ist bezeichnend, dass die meisten der alten Kolonial- und jetzigen NATO-Staaten die "Internationale Konvention über die Bekämpfung und Bestrafung der Apartheid" von 1973 nicht unterzeichnet oder ratifiziert haben, da sie

befürchten, dass ihre eigenen Bürger und Organisationen einer Strafverfolgung wegen Unterstützung und Begünstigung der Apartheid ausgesetzt werden könnten.

[Norman Paech](#), Jg. 1938, emeritierter Hochschullehrer für politische Wissenschaft; Mitglied in der 'Vereinigung demokratischer Juristinnen und Juristen' (VDJ), im 'Bündnis zur Beendigung der israelischen Besatzung e. V.', im Wissenschaftlichen Beirat der [IALANA](#), im [IPPNW](#), bei Attac und im Auschwitz-Komitee. (Red.)

[Inhalt](#) 

- Frank Sieren: **Es platzt keine Blase, da geht nur ein Unternehmen pleite**

Frank Sieren, der seit 1994 in Peking lebt, gibt uns einen Einblick in die gegenwärtige wirtschaftliche Entwicklung in China und ordnet dies auch in das Verhältnis zur Wirtschaftsmacht USA ein. Auch wenn das Pro-Kopf-Einkommen in China noch unter dem von Rumänien liege, sei China dabei die USA zu überholen. Die USA sei derzeit nicht mehr in der Lage eigene Fehler durch militärische Stärke auszubügeln, daher finde der Machtkampf in Richtung Wirtschaft und Technologie statt.

Damit die [wirtschaftliche Entwicklung nicht zu sehr zum Vorteil von monopolartigen chinesischen Firmen verlaufe, greife Peking ein](#), damit keine der Firmen in der Lage sein soll, das ganze Land oder gar die Welt in eine Krise zu stürzen. Auch wenn George Soros dagegen sei, investieren große US-Finanzinvestoren in chinesische Joint Ventures. Auch auf dem Immobilienmarkt greife die chinesische Regierung ein. Sowohl die Bekämpfung der Armut, die Begrenzung von Reichtum, die Beeinflussung des Immobilienmarktes als auch das Problem der Wanderarbeiter werde mittels der Steuerschraube vorgenommen. Das Corona-Virus habe die Regierung mit harten Maßnahmen schnell in den Griff bekommen.

[Frank Sieren](#), Jg. 1967, ist Journalist, Buchautor und Dokumentarfilmer. Der Wirtschaftsjournalist und China-Kenner lebt seit 1994 in Beijing und berichtet von dort für verschiedene deutsche Medien. (Red.)

[Inhalt](#) 